

A2 Belastungen durch Feuerwerke für Mensch und Natur im Elbtal auf ein Minimum beschränken

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 19.11.2022
Tagesordnungspunkt: 4. Inhaltliche Anträge I

Antragstext

Die Mitglieder der BÜNDNISGRÜNEN in Dresden setzen sich auf Partei- und Mandatsebene dafür ein, Feuerwerke in Dresden im Rahmen der jeweils aktuellen rechtlichen Möglichkeiten weiter einzuschränken.

Hierbei sollen nun auch kreative Wege gegangen, z.B. Silvesterfeierlichkeiten der Kommune ohne Feuerwerk (z.B. mit Lichtinstallationen, Drohnen und Musik) angeboten werden, um weniger Feuerwerksmüll zu produzieren.

Insbesondere fordern wir den Oberbürgermeister sowie die Stadtratsfraktion dazu auf, sich dafür einzusetzen, dass das BMI (Bundesministerium des Inneren) Kompetenzen aus dem Sprengstoffgesetz und der zugehörigen Sprengstoffverordnung an die Kommune abtritt und/oder Möglichkeiten der Einschränkung auf kommunaler Ebene vereinfacht (§ 24 Abs. 2 1. SprengV).

Ebenso soll verbindlich festgelegt werden, unter welchen Prämissen im Rahmen der Luftreinhaltung und der Gefahrenabwehr bei z. B. Dürre, Feuerwerksverbote bei bestimmten zu erwartenden Wetterlagen durchsetzbar sind.

Ziel ist es, die seit Jahren steigende Menge an Müll insgesamt und auf beliebten Plätzen sowie in der Natur zu reduzieren, die Luft erträglich rein zu halten, Haus- und Wildtiere zu schützen und insbesondere Grünflächen – wie die übernutzten Elbwiesen – frei von Müll zu halten, um diesem Areal Erholung zu gönnen.

Nicht zuletzt soll mit dem Antrag die unerträgliche Lärmbelastung durch Pyrotechnik im Elbtal vermindert und die Lebensqualität wieder erhöht sowie die Akzeptanz für Feierlichkeiten im Freien gestärkt werden.

Die Anwesenheit zahlreicher durch Bombenexplosionen traumatisierter Kriegsflüchtlinge in Dresden sollte uns alle innehalten lassen und es muss alles

25 dafür getan werden, damit die davon betroffenen Menschen hier zu Ruhe kommen
26 können.

Unterstützer*innen

Andrea Schomberg (RG Hochland), Dietrich Herrmann (RG Blasewitz), Andrea Mühle (RG Südost), Nadja Goernert (RG Plauen), Johannes Lichdi, Elke Zimmermann (RG Plauen), Mirko Rotzsch, Gabriele Noack (RG Südost), Thomas Pfeiffer (RG Elbhang), Henriette Mehn (RG Südost), Jens Jansen (RG Pieschen), Claudia Creutzburg (RG Elbhang), Kassem Taher Saleh, Ulrike Caspary (RG Nord), Udo Forstmann (RG Nord), Frank Lorenz (KV Dresden), Marcus Hetzel (RG Blasewitz), Patrick Irmer (KV Dresden), Renate Greuner (KV Dresden), Andreas Wolf (RG Elbhang), Henriette Krüger (KV Dresden)

A3 Die ehem. Staatsoperette in Leuben - ein Ort für Künstler*innen und Kulturschaffende

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 19.11.2022
Tagesordnungspunkt: 4. Inhaltliche Anträge I

Antragstext

1. Der Kreisverband von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert die Wiedernutzbarmachung des Garderobenhauses der ehem. Staatsoperette in Leuben (Pirnaer Landstraße 131) für die Nutzung als Proberaum- und Atelierhaus für Künstler*innen und Kulturschaffende in Dresden.
2. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Dresdner Stadtrat wird gebeten, sich für die notwendigen Finanzmittel im Doppelhaushalt 2023/24 in Höhe von 800.000 Euro einzusetzen.
3. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Dresdner Stadtrat wird außerdem gebeten, sich bis zu den nötigen Baumaßnahmen für eine temporäre Bespielung des Gebäudekomplexes einzusetzen (Ausstellung, Performance, etc.).
4. Perspektivisch soll der Gebäudekomplex als Kultur- und Nachbarschaftszentrum mit soziokultureller Arbeit, Bibliothek und weiteren Nutzungen für Kunst und Kultur- und Kreativwirtschaft etabliert werden.

Begründung

"Freiräume für kulturelle Aktivitäten müssen erhalten oder geschaffen werden, damit Kultur und die Künste ihren entscheidenden Beitrag zu einer hohen Lebensqualität sowie zu Austausch und Zusammenleben leisten können." (Grundsatzprogramm BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 2020, S. 63)

Zu 1. Der große Mangel an Probe- und Atelierräumen in Dresden wurde zuletzt in Folge des Großbrandes des Nestler-Gebäudes/Sektor Evolution im Neustädter Industriegelände öffentlich diskutiert. Die Situation hat sich seitdem nicht verbessert, vielmehr sinkt die Zahl der Probe- und Atelierräume in Dresden seit Jahren kontinuierlich. Allein seit 2018 sind mehrere dafür genutzte Gebäudekomplexe (z.B. Könnertstr. 25, Meschwitzstr. 21, Zur Wetterwarte) mit Platz für mehrere 100 Künstler*inne verschwunden. Das hat zur Folge,

dass das kreative und künstlerische Potential in Dresden nicht ausgeschöpft wird, dass Kunst- und Kreativschaffende teilweise die Stadt verlassen müssen, um arbeiten zu können, und dass es an vielfältigen und kleinteiligen Räumen fehlt, die sonst als Vergemeinschaftungsorte dienen könnten.

Zu 2. Mit der Schließung des Standortes wurden alle Medien gekappt, um die Erhaltungskosten zu sparen. Die 800.000 Euro sind v.a. für den Anschluss und die Ertüchtigung aller Medien nötig. So müssen z.B. gestohlene Stromkabel ersetzt und beschädigte Sanitäreanlagen repariert werden.

Zu 3. Die Nutzung des Gebäudes ist aufgrund der beschädigten und fehlenden Medien aktuell nicht zulässig. Möglich sind jedoch temporäre Projekte, die den Standort wieder als Ort für Kultur in Leuben etablieren können. Vergleichbare Projekte fanden z.B. 2019 mit der OSTRALE Biennale in der Historischen Tabakfabrik f6 (Schandauer Straße) oder 2021 mit der Pop-Up-Ausstellung des Stadtmuseums Dresden im ehem. pick-nick (Grunauer Straße) statt.

Zu 4. Wir setzen uns für den Standort in Leuben ein, da die Stadt Dresden hier bereits im Besitz des Gebäudes im guten Zustand ist, der Standort dezentrale Kulturstrukturen in Dresden stärkt und lokal im Dresdner Osten wirken kann. Deswegen wünschen wir uns perspektivisch einen Ausbau des Gebäudekomplexes für kulturelle Zwecke.

Weiterführende Perspektiven

Langfristig benötigt Dresden einen Gesamtplan, um der Raumknappheit bei Kultur- und Kreativorten (insbesondere von bezahlbaren Probe- und Atelierräumen) zu begegnen, und die nötigen finanziellen Mittel, um diesen auch zu realisieren. Wünschenswert wäre dabei eine dezentrale Verteilung solcher Orte, damit Kunst und Kultur auch in den Stadtteilen für mehr Menschen erreichbar und erlebbar wird.

Den von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Dresdner Stadtrat angestrebten Ankaufsetat für Grundstücke in Höhe von 10 Mio. Euro unterstützen wir deshalb sehr. Damit können viele Orte für eine kulturelle, soziale und gemeinschaftliche Nutzung erhalten bzw. neu geschaffen werden.

Objekte, deren Ankauf, Erhalt und Entwicklung als kulturell genutzte Orte aus Sicht der AG Kultur ebenfalls wichtig wären, sind beispielsweise die Robotron Kantine (z.B. als Standort für die OSTRALE Biennale, das städtische Kunsthaus oder weitere kulturelle Träger), die Hanse 3 am Alten Leipziger Bahnhof (als Standort für Kreativwirtschaft und Probe- und Atelierräume), die Blaue Fabrik ebenfalls am Alten Leipziger Bahnhof, die Gebäude auf dem Gelände des ehemaligen Theater Junge Generation (Meißner Landstraße), das Medienkulturzentrum Pentacon an der Schandauer Straße (als Kultur- und Nachbarschaftszentrum) oder die Gebäude am Club Sektor Evolution im Neustädter Industriegelände (als wichtiger Standort u.a. für die Dresdner Clublandschaft).

Unterstützer*innen

Thomas Löser, Claudia Creutzburg (KV Dresden), Kati Bischoffberger (KV Dresden)

D1 DRINGLICHKEITSANTRAG: Frauen – Leben – Freiheit: Solidarität mit dem Iranischen Volk und der Revolution im Iran

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 19.11.2022
Tagesordnungspunkt: 4. Inhaltliche Anträge I

Antragstext

Antragsteller* innen:

Julia Günther, Dietrich Herrmann, Andrea Mühle, Kassem Taher Saleh, Elke Zimmermann

Nicht erst seit dem Tod der 22-jährigen Jina Mahsa Amini im September diesen Jahres gehen im Iran Menschen auf die Straßen, um gegen die systematischen Verletzungen von Menschen- und Bürgerrechten, die Diskriminierung und Unterdrückung von Frauen, religiösen und ethnischen Minderheiten und der LGBTQI+-Community durch das autoritäre System der Islamischen Republik zu demonstrieren. Seit über 40 Jahren gibt es diese Proteste, Demonstrationen, Widerstand. Das Mullah-Regime begegnet seit all den Jahren dem Wunsch nach Selbstbestimmung, Freiheit und Demokratie mit Repression und brutaler Gewalt. Die Regierung der islamischen Republik inhaftiert, foltert und tötet. Aber der Tod von Jina Mahsa Amini, erst 22 Jahre jung, entfachte eine Protestwelle, die sich von allen bisherigen Bewegungen unterscheidet. Es ist eine Revolution - angeführt von Frauen, Mädchen, Jugendlichen, ist sie inzwischen religions-, generations- und Ethnien übergreifend. Es ist ein Schrei der Vielen, der alle sozialen Schichten erfasst. In bisher nie dagewesener Breite begehrt die iranische Gesellschaft gegen das System der Islamischen Republik auf, zeigt sich eine überwältigende landesweite Solidarität. Die jahrzehntelange vielfache Diskriminierung und Verfolgung ethnischer und religiöser Minderheiten wie der Kurd*innen, Belutsch*innen, Azeri, Bahai, Sunnit*innen oder Sufi vereint sie nun in ihrem Kampf gegen das autoritäre System.

Die Regierung spürt den Verlust an Macht und Kontrolle und reagiert noch brutaler und menschenverachtender. Über 300 Tote, vor allem junge Menschen, sogar auch Kinder, hat die brutale Gewalt der Mullah-Regierung mit ihren Handlangern schon gefordert. Seit einem Parlamentsbeschluss im Oktober droht 15.000 inhaftierten Iraner*innen die Todesstrafe. Allein im Jahr 2021 wurden mindestens 275 Menschen im Iran hingerichtet. Darunter 50 Kurd*innen und 40 Belutsch*innen.

Menschen, die im Iran gegen das autoritäre System protestieren, riskieren ihr Leben. Auch Menschen die hier oder anderswo im Exil den Protest unterstützen, sind samt ihrer Familien in der Heimat vor staatlicher Verfolgung nicht sicher.

Wir, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Dresden, erklären unsere Solidarität mit den Iraner*innen, die gegen das menschenverachtende iranische Regime, für Freiheit, Menschenrechte und Demokratie kämpfen. Wir schauen hin, wir bleiben laut. Wir schweigen nicht zu Gewalt.

Wir unterstützen die iranische Revolution,

- indem wir berichten,
- indem wir denen Reichweite geben, die das Regime verstummen lassen will,
- indem wir den hier lebenden Iraner*innen Sicherheit und Perspektiven geben, asylrechtliche Sorgen ernst nehmen und ihnen bei ihren Aktionen zur Unterstützung der Revolution helfen, durch Bereitstellung von Räumlichkeiten, Infrastruktur, Förderungen etc.,
- indem wir BÜNDNISGRÜNE Entscheidungsträger*innen auf Europa-, Bundes- und Landesebene unaufhörlich an ihre Verantwortung erinnern und solidarisches Handeln einfordern,
- indem wir uns für eine Ausweitung der finanziellen Unterstützung auf kommunaler Ebene für Sozialarbeit, Migrant*innen-Organisationen sowie Geflüchteten-Initiativen einsetzen,
- indem wir psycho-soziale Betreuungsangebote für Geflüchtete ausbauen und niedrigschwellig zur Verfügung stellen.

Wir, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Dresden, erkennen die Initiativen der letzten Tage von Annalena Baerbock, der EU-Außenministerkonferenz, der Bundestagsfraktion an. Die Sanktionen und die Befassung des UN-Menschenrechtsrats mit der Lage im Iran sind wichtige Schritte.

Wir Dresdner GRÜNEN fordern die BÜNDNISGRÜNEN Europaparlaments- und Bundestagsabgeordneten auf,

- sich klar und deutlich gegen die Gewaltherrschaft des Mullah-Regimes zu positionieren und darin nicht nachzulassen,
- sich mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln für wirkungsvolle

Sanktionen gegen alle einzusetzen, die für die Unterdrückung von und die Gewalt gegen die für Freiheit und Menschenrechte demonstrierenden Menschen im Iran verantwortlich sind und auch Sanktionen gegen deren Angehörige ernsthaft zu prüfen,

- sich für das Einfrieren von auf Banken in der EU und speziell in Deutschland befindlichen Vermögenswerten der Angehörigen und Unterstützer des Mullah-Regimes einzusetzen,
- alles in ihrer Macht stehende zu tun, um die von Folter, Gewalt und Todesstrafe bedrohten inhaftierten Iraner*innen zu retten. EU und Bundesregierung müssen auf eine umgehende und bedingungslose Freilassung aller politischen Gefangenen und die Aufhebung der Gerichtsurteile drängen. Als längerfristiges Ziel muss die weltweite Abschaffung der Todesstrafe unablässig verfolgt werden,
- dafür Sorge zu tragen, dass sich alle an den Verbrechen beteiligten Regierungsangehörigen und -mitläufer*innen so bald als möglich vor Gerichten verantworten müssen. Hierfür sind u.a. NGOs, die Beweismaterial über staatliche Gewalt und Willkür dokumentieren, finanziell zu unterstützen
- die Angriffe Irans auf die Region Kurdistan - Irak klar zu verurteilen.

Wir fordern von BÜNDNISGRÜNEN Europaparlaments- und Bundestagsabgeordneten eine deutliche, aktive Unterstützung der Revolution im Iran.

Wir fordern, dass

- schutzbedürftige Iraner*innen Schutz in der EU/in Deutschland erhalten
- bei Asylverfahren für Iraner*innen insbesondere die politische Verfolgung aufgrund des Geschlechts, der sexuellen Orientierung und Identität sowie der Konvertierung zu einer anderen Religion als Asylgründe anerkannt werden.
- ein Abschiebestopp für Iranische Migrant*innen als bundesweite Regelung ohne Befristung auf den 31.12.2022 verabschiedet wird.

Wir erwarten

- die Unterstützung bei der Etablierung sicherer und vertrauenswürdiger Virtueller Privater Netzwerke (VPN).

- die Errichtung finanzieller Hilfsprogramme für alternative regimekritische Medien und freie Journalisten*innen und Reporter*innen.

Wir fordern die finanzielle, infrastrukturelle und rechtliche Unterstützung, der demokratischen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen im Iran.

Die sächsischen Landtagsabgeordneten sowie die sächsische Landesregierung fordern wir auf,

- sich in der Innenministerkonferenz für o.g. Punkte (Schutzstatus, Schutzquote, Abschiebestopp) einzusetzen,
- zu prüfen, inwieweit es noch aktive Geschäftsbeziehungen zwischen sächsischen Unternehmen und dem Mullah-Regime gibt und auf deren Einstellung aktiv hinzuwirken,
- die Arbeit der Flüchtlingssozialarbeit, Integrationsarbeit nachhaltig angemessen finanziell abzusichern.

Die Stadtratsfraktion fordern wir auf, sich für

- eine nachhaltige, angemessene finanzielle Ausstattung der Flüchtlingssozial- und Integrationsarbeit bei den aktuellen Haushaltsverhandlungen
- die verstärkte Weiterarbeit an den Zielstellungen aus dem Beschluss „Demokratisch Haltung zeigen, Integration gestalten, Zivilgesellschaft stärken.“
- die Fortsetzung, Weiterentwicklung und Verstetigung des Modellvorhabens „Engagement Stützpunkte für Migrantenvereine“
- die weitere interkulturelle Öffnung der Ausländerbehörde und der gesamten städtischen Verwaltung
- eine Prüfung, ob Dresden perspektivisch Beziehungen zu einer Kommune (z.B. eine Universitätsstadt) im Iran aufbauen kann

einzusetzen.

Jin – Jiyan – Azadî!

Zan – Zendegi – Azadi!

Woman – Life – Freedom!

123 Frauen – Leben – Freiheit!